

1. Frage:

Das Ministerium für Bildung und Kultur betreibt das Projekt „Gesunde Schule“ nicht ohne Grund.

Wie sollte Ihrer Meinung nach der ständig steigenden Belastung für unsere Kolleginnen und Kollegen durch stetige Veränderungen (erhöhter Verwaltungsaufwand, Neugliederung des Übergangsbereiches, sehr heterogene Schülerschaft, etc.) Rechnung getragen werden?

Die Freien Demokraten befürworten die Schulautonomie. Die Schulen sollen hier selbst entscheiden dürfen und ein Budget für Aktivitäten wie Schulsport oder Prävention bekommen.

2. Frage:

Berufliche Schulen bieten ein hohes Maß an Durchlässigkeit und oft übersehene Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife.

Was werden Sie tun, um in Zukunft den Fortbestand der hervorragend funktionierenden Fachoberschulen zu sichern und wie stärken Sie die Eigenständigkeit der beruflichen Oberstufengymnasien, die inzwischen in großer Konkurrenz zu Oberstufen allgemeinbildender Schulformen stehen und dabei wie kaum eine andere Schulform durch ihre berufliche Profilierung dazu beitragen Studiengangwechsel – und abbrüche zu verringern?

Die Fachoberschulen sollen aus unserer Sicht erhalten bleiben, da sie wie kaum eine andere Schule eine Praxisnähe bieten, die für diese spezifische Ausbildungsform wichtig ist.

3. Frage:

Im bundesweiten Vergleich werden die saarländischen Beamten am schlechtesten besoldet (ca. 3 % schlechter als der Bundesdurchschnitt). Zur Verbesserung der Situation fordern wir eine Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt und eine Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, die im Grunde einer „Lohnkürzung durch die Hintertür“ gleichkommt. Darüber hinaus darf es keine weiteren Verschlechterungen im Beihilferecht für die saarländischen Beamten geben.

Wie stehen Sie dazu?

Zur Besoldung ist aktuell eine Klage anhängig. Wir Freien Demokraten befürworten eine Anpassung der Besoldung.

4. Frage:

Unsere Kolleginnen und Kollegen bekommen ab der Übertragung einer Funktion, die eine Besoldungserhöhung von A13 nach A14 (bzw. von A14 nach A15) mit sich bringt, erst nach drei Jahren getaner Arbeit die Besoldungserhöhung. Bei der Übertragung einer Funktion der Besoldungsstufe A15 aus der Besoldungsstufe A13 heraus müssen saarländische Lehrkräfte insgesamt sogar sechs Jahre die Tätigkeit verrichten, ehe sie die entsprechende Besoldungsstufe erreichen.

Wie unterstützen Sie unsere Forderung, dass mit der Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit die Besoldungserhöhung nach einer deutlich kürzeren Bewährungszeit als bisher erfolgt (wie dies auch in anderen Bundesländern üblich ist, z. B. in Rheinland-Pfalz nach 6 Monaten)?

Eine Verkürzung der Bewährungszeit wird von uns unterstützt.

5. Frage:

Zukünftig müssen die Lehrkräfte an saarländischen Schulen bis zum 67. Lebensjahr unterrichten. Viele gehen aber durch die aufreibende Tätigkeit als Lehrkraft aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand und erreichen nicht die Altersgrenze. In vielen anderen Branchen gibt es flexible Modelle zum Übergang in den Ruhestand (z. B. Flexirente und Altersteilzeit).

Wie positionieren Sie sich zu diesem Thema?

Flexible Modelle sollten grundsätzlich ermöglicht werden.

6. Frage:

Im Saarland werden dringend geeignete Bewerber für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Beruflichen Schulen mit den Fachrichtungen Technik (Metalltechnik, Mechatronik, Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik), Informatik sowie Gesundheit, Sozialpädagogik, Ernährung und Hauswirtschaft benötigt und auch in Wirtschaftspädagogik sind zukünftig ausreichend Bewerber erforderlich.

Was werden Sie tun, um in Zukunft den Bedarf an geeigneten Bewerbern zu sichern?

Wir Freien Demokraten wollen nicht die nur kaufmännische Ausbildung, sondern auch Ausbildung für technische und soziale Berufe stärken, um dadurch auch langfristig die Bewerbersituation für das Lehramt in diesen Berufen zu sichern.

7. Frage:

Die saarländische Wirtschaft befindet sich in einem fortschreitenden Technologie- und Strukturwandel. Dieser Wandel wird eine Vielzahl von Änderungen in der Arbeitswelt zur Folge haben, auf die die Beruflichen Schulen die Schülerinnen und Schüler verstärkt vorbereiten müssen.

Was werden Sie tun, um die Beruflichen Schulen besser auf die Transformation der Wirtschaft vorzubereiten?

Wir müssen zusammen mit der Wirtschaft eruieren, welche Berufe in Zukunft benötigt werden und welche konkreten Inhalte hierfür notwendig sind. Dies muss dann in Unterrichtskonzepten für die Schulen gefasst werden. Es wird viele neue Berufe geben, aber auch viele bestehende Berufe mit neuen Inhalten.

8. Frage:

Die ehemals eigenständige Abteilung der Beruflichen Schulen am Ministerium für Bildung und Kultur wurde in eine, für alle Schulen des Saarlandes zuständige, Abteilung integriert. Statt einer Abteilung gibt es nur noch ein Referat, das für die Beruflichen Schulen zuständig ist. Auch am Landesinstitut für Pädagogik und Medien hat sich die Organisationsstruktur derart verändert, dass es keine eigene Abteilung mehr für die Beruflichen Schulen gibt. Diese Änderungen werden dem umfangreichen System der Beruflichen Schulen mit vielen verschiedenen Schulformen und ihrer hohen Anzahl an Ab- und Anschlüssen nicht gerecht, weswegen wir eine deutlichere Sichtbarkeit der Beruflichen Schulen - sowohl am MBK als auch am LPM - fordern. Dies könnte durch die Einrichtung eines Instituts für Berufliche Bildung, wie dies bspw. in Hamburg oder Schleswig-Holstein praktiziert wird, erfolgen.

Wie unterstützen Sie diese Forderung?

Wir wollen die Rückkehr zu dem alten Modell und eine eigene Abteilung wieder schaffen. Dies würde sowohl die Stellung der beruflichen Schulen verbessern als auch deren Aufgaben besser gerecht werden.

9. Frage:

Können sich die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler darauf verlassen, dass die intendierten positiven Effekte der Digitalisierung im Bildungsbereich nicht durch erhöhten Verwaltungsaufwand (z. B. zu hoher Zeugnisaufwand in der Berufsschule) aufgezehrt werden? Die Lehrkräfte wollen mehr Zeit für die pädagogisch-fachliche Vor- und Nachbereitung statt für Verwaltung.

Wie will Ihre Partei die Schulen unterstützen, um die Digitalisierung zur echten Verwaltungsvereinfachung werden zu lassen?

Wir wollen Bildung im Saarland den Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts anpassen. Dafür setzen wir auf eine vollständige Versorgung aller Schulen mit Glasfaser, die Ausstattung mit moderner Hard- und Software für den Unterricht sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften zur Nutzung der Chancen, die in der digitalisierten Bildung liegen. Die Programme sollen durch ein Qualitätssiegel geprüft werden, um ein vergleichbares Niveau und leichte Übergänge zu ermöglichen. Die Lernplattformen sollen durch Gamification, Foren für Schülerfragen und Lehrvideos zu echten Lernwelten weiterentwickelt werden. Außerdem sollen an den Schulen IT-Kräfte für die Wartung der Geräte zur Verfügung stehen. Die FDP hat sich für die Umsetzung des Digitalpakts eingesetzt. Das Land muss die bürokratischen Hürden beim Abruf der Mittel auf Landesebene abbauen. Digitalisierung der Bildung kann nur mit der geeigneten Infrastruktur gelingen, ansonsten gerät sie zur Symbolpolitik. Wir wollen mit einem Sicherheitszertifikat sicherstellen, dass die Daten der Schüler vor Missbrauch geschützt werden. Die Geräte speichern sensible Daten über die Schüler und verfügen in der Regel über einen GPS-Sensor. Dadurch hat der Staat Zugriff auf eine ganze Generation und deren Bewegungsprofile. Hiervon darf er keinen Gebrauch machen.